

Regimewechsel in Brasilien

Der Imperialismus will einen Regimewechsel in Brasilien und wird ihn noch vor den Wahlen 2026 durchführen.

16. Juli 2025 | Eduardo Vasco

Brasilien ist endgültig ins Visier der USA geraten. An einem einzigen Tag ließen drei Aktionen die brasilianische Regierung aufhorchen. Zunächst neue Erklärungen von Donald Trump zur Unterstützung von Jair Bolsonaro und gegen brasilianische Institutionen; dann eine ähnliche Erklärung der US-Botschaft in Brasília; schließlich die Ankündigung von 50 Prozent Zöllen auf alle brasilianischen Produkte, wobei dieselben politischen Argumente gegen die derzeitige brasilianische Regierung verwendet wurden.

Obwohl sie von der Ankündigung der Zölle überschattet wurde, beunruhigt mich die offizielle Erklärung der Botschaft am meisten. Es ist das erste Mal in der Geschichte der bilateralen Beziehungen, dass die US-Botschaft die brasilianische Regierung und Behörden offen und scharf kritisiert und gleichzeitig einen Oppositionellen verteidigt. Die Erklärung greift Trumps Äußerungen auf, wonach der ehemalige Präsident Bolsonaro und seine Familie „starke Partner der USA“ gewesen seien und dass sie und ihre Anhänger unter einer „beschämenden“ Verfolgung leiden.

Es gibt keinen Grund für eine Botschaft, eine Erklärung abzugeben, nur weil sich das Weiße Haus zur lokalen Politik geäußert hat. Die Geste der US-Botschaft ist eine größere Einmischung in die brasilianische Politik als die Äußerungen von Trump. Mehr noch: Wenn eine Botschaft eine solche Erklärung abgibt, wohl wissend, dass sie eine diplomatische Krise mit dem Vorwurf der Einmischung in innere Angelegenheiten auslösen wird, bedeutet dies, dass die US-Regierung bereits hinter den Kulissen [daran arbeitet](#), sich konkret in die brasilianische Innenpolitik einzumischen. Oder besser gesagt, sie tut es bereits in der Praxis.

Ende 2024 verstärkten sich die Bemühungen, Lulas Regierung [zu destabilisieren](#), und das Jahr 2025 begann mit einer kurzen spekulativen Attacke, die darauf abzielte, die Regierung zur Verabschiedung von Sparmaßnahmen zu zwingen, die den Großbanken und dem globalen Finanzkapital zugute kamen. Der Druck führte nicht zu den erwarteten Ergebnissen. Die imperialistischen Sektoren und die brasilianische Bourgeoisie – Minderheitspartner bei der ausländischen Beherrschung des Landes – erkannten, dass die einzige Lösung darin bestand, die derzeitige Regierung zu stürzen. Der Putschprozess [hatte begonnen](#).

Die mit der Arbeiterpartei (PT) verbündeten rechten Parteien haben die Regierung von Anfang an von innen heraus sabotiert, aber in den letzten Monaten begannen sie allmählich überzulaufen. Im Kongress führen diese Parteien einen Krieg gegen Lula. Die Medien wiederholen ständig die Forderungen des Großkapitals: Kürzungen der Sozialprogramme, Einfrieren des Mindestlohns, Privatisierungen und Distanzierung von den „Autokraten“ (Putin und Xi Jinping), zu denen Lula engere Beziehungen sucht. Die Regierung ihrerseits scheint verloren, gefangen in einer Politik der Klassen-

zusammenarbeit, die sie dazu bringt, zumindest teilweise den Vorgaben des Washington Konsens zu folgen – insbesondere durch das Finanzministerium und den Präsidenten der Zentralbank.

Die von den bürgerlichen Institutionen (Banken, Agrarindustrie, multinationale Unternehmen, Kongress, Presse, Think Tanks usw.) vorangetriebene Destabilisierung, die durch Bündnisse mit Feinden und die Aufrechterhaltung der seit den 1980er Jahren aufgebauten Steuer- und Wirtschaftsstrukturen noch verstärkt wird, hat die Regierung zu einem anfälligen Opfer des vom US-Imperialismus geplanten Regimewechsels gemacht. Die Regierung Lula ist äußerst schwach.

Eine Union der Interessen

„Brasilien ist nicht gut zu uns gewesen“, erklärte Trump. Das internationale Kapital in seiner Gesamtheit sieht das genauso, ebenso wie seine Minderheitspartner in Brasilien. In diesem Sinne gibt es einen wesentlichen Konvergenzpunkt zwischen dem Trumpismus und den traditionellen Sektoren des Imperialismus: die Notwendigkeit, Lulas Regierung zu stürzen. Und das zentrale Ziel all dessen ist eben Präsident Lula, auch wenn viele behaupten, es seien der Oberste Gerichtshof und Minister Alexandre de Moraes – die in Wirklichkeit mit ihren völlig willkürlichen Handlungen gegen die Interessen Brasiliens und die von Lulas eigener Regierung arbeiten. Der Präsident und seine Partei werden für das Vorgehen von Moraes und des Obersten Gerichtshofs teuer bezahlen, auch wenn sie nicht direkt dafür verantwortlich sind.

Rubens Ricupero, Finanzminister und Botschafter in Washington während der Zeit des neoliberalen Aufstiegs und der totalen Unterwerfung unter die USA, hält Trumps Äußerungen für ein „Wahlgeschenk“ an Lula, weil sie die nationalistische Rhetorik des brasilianischen Staatschefs verstärken. Er übersieht jedoch, dass die Einmischung der USA in die brasilianische Politik weit über Trumps Online-Rhetorik hinausgeht. Lula könnte diese Gelegenheit – die sich nicht jetzt, sondern bei der ersten Wahl Trumps eröffnete – nur nutzen, wenn er in der Praxis, nicht nur in Worten, gegen den imperialistischen Vormarsch auf Brasilien und für die wahre Unabhängigkeit des Landes eintreten würde.

Die derzeitige Wirtschaftspolitik Lulas ist kein Schutz der Souveränität Brasiliens. Auch seine politischen Bündnisse sind es nicht. Die brasilianische herrschende Klasse, die die Regierung seit der Farce vom 8. Januar in Geiselhaft hält, ist nicht an einer Konfrontation mit den USA interessiert. Ihr Klasseninstinkt spricht lauter. Die nationale Bourgeoisie Brasiliens ist kaum noch national.

Die von Brasilien in die USA verkauften Industrieprodukte wie Traktoren und Autoteile werden von amerikanischen Unternehmen in Brasilien hergestellt und in die USA verkauft. Die „nationale“ Stahlproduktion wird von einem indischen (Arcelor Mittal) und einem italienisch-argentinischen Unternehmen (Rocca) kontrolliert und größtenteils exportiert. Diese „brasilianischen“ Stahlhersteller haben Fabriken in anderen Ländern und können von dort aus problemlos in die USA exportieren, um die Zölle zu umgehen und die Produktion massenhaft zu verlagern, um ihre Gewinne zu sichern. Würde dies Arbeitsplätze und Industrie in Brasilien beeinträchtigen? Natürlich – aber wen kümmert das schon, wenn es Länder mit billigeren Arbeitskräften gibt, in denen die Zölle nicht gelten würden!

Donald Trump sagte, dass „brasilianische“ Unternehmen Zölle vermeiden können, indem sie ihre Produktion in die USA verlegen, wo seine Regierung bereits Anreize bietet. Um in Brasilien zu bleiben, könnten diese Unternehmen sehr wohl weitere Steuererleichterungen von der brasilianischen

nischen Regierung fordern. Und, wie sie es bereits während dieser Destabilisierungskampagne getan haben, neoliberale Reformen, Deregulierung, niedrigere Löhne und weniger Arbeitsrechte fordern. Schließlich sind, wie die brasilianische „nationale“ Bourgeoisie zu sagen pflegt, die Kosten für eine Geschäftstätigkeit in Brasilien zu hoch.

Diese Botschaften wurden bereits während der ersten Runde von Trumps Zöllen gegen Brasilien gesendet. Bürgerliche Institutionen schlugen vor, die brasilianische Regierung solle Trump gefallen, damit er die Zölle senkt. Und wie? Durch die Abschaffung „hoher Zölle, bürokratischer Vorschriften, Anforderungen an lokale Inhalte und Subventionen“, so *O Estado de S. Paulo*. „Die Maßnahme würde nicht nur den Zugang zum US-Markt erleichtern, sondern auch den brasilianischen Verbrauchern durch billigere Importe zugute kommen“, schreibt *O Globo*. Was für ein schönes Bild der „nationalen“ Bourgeoisie haben wir da! Es sind dieselben Zeitungen, die 1964 den von den USA betriebenen Militärputsch offen unterstützt haben.

Die Gemeinsamkeiten mit dem Trumpismus überwiegen bei weitem die Unterschiede, trotz des „antifaschistischen“ Anscheins. Trumps Zölle werden in Brasilien zu Arbeitslosigkeit führen – was die Arbeitgeber seit langem fordern, um die Löhne zu senken. Sie werden die Wirtschaft bremsen, die als überhitzt aufgrund des steigenden Konsums kritisiert wird. Das internationale Finanzkapital arbeitet über seine Agenten in der Zentralbank unermüdlich daran, die Inflation mit einem der höchsten Zinssätze der Welt zu senken. Unmittelbar nach Trumps Ankündigung neuer Zölle fielen die Aktienmärkte und der Dollar stieg, was zu einer steigenden Inflation und höheren Kraftstoff- und Lebensmittelpreisen führen könnte, wenn der Trend anhält. Die Finanzspekulation, die die brasilianische Wirtschaft dominiert, dankt es ihnen.

Die US-Handelskammer in Brasilien forderte eine „Verhandlungslösung“ zwischen den beiden Ländern – eine Haltung, die auch von brasilianischen Wirtschaftsführern vertreten wird. Das bedeutet, dass Brasilien Zugeständnisse machen muss, damit die USA ihre Zölle senken. Aber was für Zugeständnisse, wenn Brasilien keine Maßnahmen gegen die USA ergriffen hat? Zugeständnisse, die genau dem Interesse dienen, den heimischen Markt mit den lange angekündigten neoliberalen Reformen weiter zu öffnen.

In diesem Tempo wird ein Bündnis zwischen dem Trumpismus – dem Beschützer des Bolsonarismus – und den Vertretern der traditionellen imperialistischen Sektoren in Brasilien geschlossen: den „centrão“-Parteien, den Mainstream-Medien und den staatlichen Institutionen. Die Bolsonaristen gewinnen dank der Unterstützung der mächtigsten Regierung der Welt mehr Verhandlungsmacht gegenüber dem „centrão“. Der „centrão“ wiederum profitiert von Bolsonaros Unwählbarkeit und der Unterstützung wichtiger US-Wirtschaftszweige (BlackRock, Bank of America, Citigroup applaudierten Tarcísio de Freitas auf der Brazil Week in New York). Wie *The Economist* kürzlich feststellte: „Wenn Bolsonaro einen Nachfolger benennt und die Rechte sich vor den Wahlen 2026 um diesen Kandidaten scharf, wird die Präsidentschaft ihnen gehören.“

Es ist völlig vorhersehbar, dass Lula und seine Partei in dem Versuch, das Bündnis zwischen dem Bolsonarismus und dem „centrão“ zu blockieren, einen Deal mit letzterem anstreben und dabei an den angeblichen Nationalismus der lokalen Oligarchien appellieren werden. Die bekannte Destabilisierungskampagne wird jedoch vom „centrão“ selbst betrieben.

Es war bereits klar, dass eine ähnliche Putschkampagne wie diejenige, die Dilma Rousseff stürzte, im Gange war. Damals stürzte der „centrão“ den PT-Präsidenten, und Michel Temer privatisierte praktisch Petrobras, führte partielle Arbeits- und Rentenreformen durch, förderte das Outsourcing und führte die Ausgabenobergrenze ein – einige der härtesten neoliberalen Maßnahmen seit fast zwei Jahrzehnten. Aber der „centrão“ war bereits mit dem Bolsonarismus verbündet, und tatsächlich förderte diese Kampagne den Aufstieg der extremen Rechten – was in der Wahl Bolsonaros gipfelte, nachdem Lula von derselben Justiz, die sich jetzt als sein Verbündeter ausgibt, inhaftiert worden war. Bolsonaro setzte Temers neoliberalen Schock fort, privatisierte Eletrobras und andere Unternehmen, übergab die Zentralbank und konsolidierte die Rentenreform.

Lula wird sich also nicht auf den „centrão“ verlassen können, um sich gegen den laufenden Putsch zu verteidigen. Auf wen sonst kann er sich verlassen, wenn nicht auf das Volk selbst? Aber die Aktionen Lulas, seines Finanzministers und seiner Regierung der „breiten Front“ mit ihren Feinden tragen nicht dazu bei, die aktive Unterstützung des brasilianischen Volkes zu gewinnen. Der einzige Weg, der Lula und der Arbeiterpartei bleibt, ist der endgültige Bruch mit diesen Sektoren, die Umsetzung von Sofortmaßnahmen, die die wichtigsten neoliberalen Reformen rückgängig machen, und die Gewährung von Arbeits- und Sozialrechten für die breiten Massen, indem sie ihre Feinde angreifen und die Volksorganisation stärken – die einzige Kraft, die ihnen zu Hilfe kommen kann.

Der Imperialismus will einen Regimewechsel in Brasilien und wird ihn noch vor den Wahlen 2026 durchführen. Die verschiedenen Interessen innerhalb des globalen Imperialismus konvergieren in dieser Notwendigkeit. Nach einem ersten Semester zweideutiger Außenpolitik scheint Donald Trump dem Druck der Falken innerhalb und außerhalb des Weißen Hauses nachgegeben zu haben, indem er den Iran angriff und eine interventionistische Wende im Krieg gegen Russland in der Ukraine einleitete.

Das imperialistische Regime ist in einem sehr fragilen Zustand, und das Wettrüsten signalisiert die Vorbereitung eines globalen Krieges, da die Großkapitalisten versuchen, sich vor dem totalen Niedergang zu retten. Die USA müssen sich in der westlichen Hemisphäre absichern und können keine Quelle der Instabilität zulassen, die vom Aufstieg Chinas in Lateinamerika ausgeht – und Brasilien ist die große Nation der Region und Chinas Partner. Daher der Aufstieg offen pro-amerikanischer Regime in Argentinien, Ecuador, Paraguay und El Salvador. Daher der Plan, unbequeme Regierungen wie die brasilianische zu stürzen.